

# Baukostenzuschüsse und Einspeisenetze

Neuerungen bei Netzausbau und Kostenverteilung

EEG 2027 & Netzpaket: Das wöchentliche Reform-Update  
Dr. Wieland Lehnert, Dr. Johannes Hilpert, Johanna Kamm  
20.05.2026

# Agenda

- ▶ Überblick zum Stand des Gesetzgebungsverfahrens
- ▶ Geltende Rechtslage zu Netzanschluss und Kostentragung
- ▶ Baukostenzuschüsse
- ▶ Einspeisenetze



# Überblick zum Stand der Gesetzgebungsverfahren

# Stand der Gesetzgebungsverfahren EEG 2027 und Netzpaket

Gesetzesvorhaben	Zu ändernde Gesetze und Verordnungen	Leaks	Referentenentwurf	Regierungsentwurf	Beschluss Bundestag	Beteiligung Bundesrat	Veröffentlichung im BGBl	Geplantes Inkrafttreten	EU-beihilfenrechtliche Genehmigung
<b>Entwurf eines Gesetzes für einen planbaren, kosteneffizienten, netzverträglichen und marktorientierten Ausbau der erneuerbaren Energien im Stromsektor („EEG 2027“)</b>	EEG 2023, MsbG, EEV, InnAusV (Aufhebung), EnFG	Referentenentwurf (Stand 21.04.2026)  Arbeitsentwurf (Stand 22.01.2026)						01.01.2027	
<b>Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts zur Synchronisierung des Anlagenzubaues mit dem Netzausbau sowie zur Verbesserung des Netzanschlussverfahrens („Netzpaket“)</b>	EnWG, EEG 2023, WindSeeG, KWKG, KraftNAV, StromNZV	Referentenentwurf (Stand 17.04.2026)  Referentenentwurf (Stand 30.01.2026)						Am Tag nach der Verkündung	Nicht erforderlich



# Geltende Rechtslage Netz- anschluss und Kostentragung

## Netzanschlussanspruch

- ▶ **Gesetzlicher Anspruch** des Anlagenbetreibers auf unverzüglichen, vorrangigen **Netzanschluss** nach § 8 Abs. 1 EEG 2023
  - Kein Vertragsschluss notwendig
- ▶ **Wo?**
  - Gesetzliche Vermutung: der **nächstgelegene Punkt** im Netz („Stelle, ... die ... die in der Luftlinie **kürzeste Entfernung** zum Standort der Anlage aufweist“)
  - Vermutung kann vom **Netzbetreiber** widerlegt werden, wenn es „einen technisch und wirtschaftlich günstigeren Verknüpfungspunkt“ gibt („**gesetzlicher Netzverknüpfungspunkt**“)
  - Weiterführend: T. Klarmann/A. Anapyanova, [Der rechtliche Rahmen des Netzanschlusses von Erneuerbare-Energien-Anlagen](#), Würzburger Berichte zum Umweltenergierecht Nr. 60 vom 22.10.2025

## Bestimmung des gesetzlichen Netzverknüpfungspunkts

- ▶ Es werden die volkswirtschaftlichen Gesamtkosten der unterschiedlichen Netzanschlussvarianten miteinander verglichen („**Variantenvergleich**“)
- ▶ Variante mit den **geringsten Gesamtkosten** ist der **gesetzliche Netzverknüpfungspunkt**
- ▶ „bei der Prüfung des wirtschaftlich günstigeren Verknüpfungspunkts sind die **unmittelbar durch den Netzanschluss** entstehenden Kosten zu berücksichtigen“ (§ 8 Abs. 1 S. 1 Hs. 2 EEG 2023)
  - **Mittelbare Kosten** sind **nicht** zu berücksichtigen, z.B.:
    - Kosten durch **Leitungs- und Trafoverluste**
    - Kosten für **Redispatch**-Entschädigung (teilweise a.A.)

## Bestimmung des gesetzlichen Netzverknüpfungspunkts bei mehreren Anlagen

- ▶ **Mehrere Anschlussbegehren** sind bei der Prüfung des Netzanschlusses zu **berücksichtigen** (siehe OLG Dresden, Urteil vom 10.06.2010 – 9 U 550/08; vgl. auch OLG Schleswig, Urteil vom 27.02.2014 – 11 U 71/13)
- ▶ Ermittlung des gesetzlichen Netzverknüpfungspunkts erfolgt unter Berücksichtigung der Kosten **aller** bestehenden **Netzanschlussbegehren**
  - Voraussetzung für die Berücksichtigung ist, dass die Anlagen, die den Netzanschluss begehren, eine gewisse Planreife/Konkretisierung haben

## Kostentragung I

- ▶ Bei der Bestimmung der volkswirtschaftlichen Gesamtkosten zur Ermittlung des gesetzlichen Netzverknüpfungspunkts ist es **unerheblich, wer die Kosten** trägt (Anlagenbetreiber oder Netzbetreiber)
- ▶ Kostentragungspflicht bestimmt sich **allein** nach **§§ 16 und 17 EEG 2023**
- ▶ **§ 16 EEG 2023**
  - „Die **notwendigen Kosten des Anschlusses** von Anlagen ... an den Verknüpfungspunkt ... trägt der **Anlagenbetreiber.**“ = **Netzanschlusskosten**
  - Aufwendungen, die der Verbindung der Stromerzeugungsanlage mit dem Verknüpfungspunkt zum Netz dienen, z.B. Anschlussleitungen, kundeneigene Transformatoren

## Kostentragung II

### ▶ § 17 EEG 2023

- „Die Kosten der Optimierung, der Verstärkung und des **Ausbaus des Netzes** trägt der **Netzbetreiber.**“ = **Netzertüchtigungskosten**
- Aufwendungen für die Errichtung oder Veränderung von Einrichtungen, die zur Abnahme, Übertragung und Verteilung von Elektrizität erforderlich sind (z.B. Freileitungen, Erdkabel, Transformatoren/Umspannwerke, Schaltanlagen) sowie Maßnahmen zur *Netzoptimierung* (z.B. Temperaturleiter-Monitoring)
- Bisläng **keine Regelung zu Baukostenzuschüssen** enthalten



# Baukostenzuschüsse (BKZ)

## BKZ: Systemwechsel bei der Finanzierung des Netzausbaus

### Bisher:

- ▶ § 17 EEG 2023 weist Kosten für Netzertüchtigung abschließend den Netzbetreibern zu
- ▶ Daraus wird weiterhin gefolgert, dass BKZ für EE-Anlagenbetreiber unzulässig sind




### Inhalt § 17 EEG-E:

- ▶ Netzbetreiber ist berechtigt, vom Anschlussnehmer einen angemessenen BKZ zur teilweisen Finanzierung des Netzausbaus zu verlangen (S. 2)
- ▶ BNetzA kann Vorgaben für Verfahren oder Kriterien zu Baukostenzuschüssen durch Festlegung machen (S. 3)



**Paradigmenwechsel:** Teilverlagerung der Netzausbaukosten auf Anlagenbetreiber

## Nationale Ausgestaltungsfragen der Neuregelung

- ▶ Netzbetreiber **können** Baukostenzuschüsse erheben:
    - Soll Voraussetzungen für systemdienliche räumliche Koordination verbessern
    - Nicht geregelt: Kriterien und Höhe des BKZ („angemessen“):
      - Weites Ermessen der Netzbetreiber bei der Ausgestaltung des BKZ
      - Gefahr: Fragmentierte Regelungen, Rechtsunsicherheit
    - BKZ dürften nur bei Neuanschlüssen in Frage kommen – was aber ist bei Erweiterungen bestehender Anlagen?
- 
- ▶ Korrektiv durch BNetzA?
    - BNetzA **kann** Vorgaben zu BKZ durch Festlegung nach § 29 EnWG machen
    - Insbesondere zu Kriterien und Verfahren für die Erhebung pauschalierter oder nach netzwirtschaftlichen Parametern regional zu differenzierender Beträge
    - Aber: lediglich nachgelagertes Korrektiv ohne verbindliche Regelung!

## Achtung: EU-rechtliche Kompetenzverteilung

- ▶ Art. 59 Abs. 7 lit. a) EBM-RL:
  - **Regulierungsbehörde** entscheidet über „die Bedingungen für den **Anschluss** an und den **Zugang** zu den nationalen Netzen, einschließlich der **Tarife...**“
  - **Dies umfasst auch die Erhebung von BKZ!**
- ▶ EuGH C-718/18 vom 2. September 2021:
  - Vollständige Unabhängigkeit der Regulierungsbehörde („vor jeglicher Weisung und Einflussnahme von außen geschützt“, Rn. 108 des Urteils)
  - Auch gegenüber Gesetzgeber
  - Gesetzgeber darf Kompetenzen weder entziehen noch vorstrukturieren (!)

## Abgleich: EEG-E und EU-Recht

### EU-Recht



- ▶ Festlegung von Anschlussbedingungen ist ausschließliche Kompetenz der BNetzA



### § 17 EEG-E

- ▶ Gesetzgeber räumt Netzbetreibern direkt das Recht zur Erhebung von BKZ ein
- ▶ **BNetzA** kann lediglich **korrigierend** eingreifen

- ▶ Konflikt: Kompetenz liegt nicht primär bei BNetzA
- ▶ EEG-E verschiebt Entscheidungskompetenz von der Regulierungsbehörde zu den Netzbetreibern

## Rechtliche Bewertung & Konsequenzen

- ▶ **Bewertung: Neuregelung dürfte in dieser Form unionsrechtlich unzulässig sein (Art. 59 Abs. 7 lit. a) EBM-RL)**
- ▶ Differenzierung:
  - **Zulässig** ist zwar die Schaffung einer expliziten **Regelungskompetenz der BNetzA bzw. die „Öffnung“ von § 17 EEG 2023** zur Erhebung von BKZ als Umsetzung der EBM-RL, vgl. § 17 S. 3 EEG-E
  - **Problematisch** ist aber die unmittelbare **Erhebungsbefugnis der Netzbetreiber**, vgl. § 17 S. 2 EEG-E
- ▶ Konsequenz: gesetzgeberischer Anpassungsbedarf!

## Exkurs: uneinheitliche gesetzliche Ausgestaltung im Netzpaket

- ▶ Für **andere Erzeuger** (z.B. Gaskraftwerke) sollen **Netzbetreiber** ebenso Baukostenzuschüsse erheben können, aber anders ausgestaltet:
  - § 17 EEG-E: explizite Rolle der BNetzA
  - § 8 Abs. 3 KraftNAV-E: **keine** explizite Ermächtigung der BNetzA
  - § 3 Abs. 3 S. 3 KWKG-E: **Verweis** auf § 8 Abs. 3 KraftNAV-E
- ▶ Unklar: Gesetzgeber geht bei § 17 EEG-E davon aus, dass auch eine explizite Ermächtigung der BNetzA erforderlich ist, warum in § 8 Abs. 3 KraftNAV-E nicht?
  - Im Ergebnis ggf. nicht entscheidend, da § 21 Abs. 3 Nr. 3 lit. d) EnWG wohl ohnehin bereits eine Ermächtigung der BNetzA für BKZ enthält
  - Ansonsten gilt aber auch hier, dass die **unmittelbare Ermächtigung der Netzbetreiber unionsrechtlich problematisch ist**

## Zusammenfassung BKZ

- ▶ Unsicherheiten in der Ausgestaltung
  - Kriterien und Höhe des BKZ („angemessen“) nicht konkretisiert
  - Anwendungsbereich bei Erweiterung von Anlagen unklar
  - Ohne Festlegung der BNetzA droht fragmentarisches Regelungswerk
  - Zudem uneinheitliche Ausgestaltung der BKZ-Regelungen in verschiedenen Gesetzen
- ▶ Konflikt mit EU-Recht
  - Konflikt mit Art. 59 Abs. 7 lit. a) EBM-RL: **ausschließliche Kompetenz der BNetzA, eigenständig Regelungen zu BKZ erlassen zu können**
  - Siehe hierzu auch **laufenden „Agnes-Prozess“** der BNetzA und insbesondere das Orientierungspapier vom 17.02.2026 zu Einspeiser-Netzentgelten



# Einspeisenetze

## Begriff Einspeisenetz

- ▶ **Einspeisenetz** nach § 3 Nr. 18 EEG-E:
  - „Betriebsmittel, die Netzbetreiber durch Netzausbaumaßnahmen nach einer **planerischen Gesamtbetrachtung** [...] sowie **erwarteten Anschlüssen** für den koordinierten Anschluss von Anlagen und für die Einspeisung [...] bereitstellt“
  - Vom **Netzbetreiber errichtete** Infrastruktur i.S.d. sog. „**Einspeisesteckdose**“
  - Einspeisenetz ist Teil des vom Netzbetreiber betriebenen **Netzes der allgemeinen Versorgung**
- ▶ (Branchen-) **Verständnis** von „Einspeisenetz“ bislang **vielfach anders**
  - von Anlagenbetreibern geschaffene Infrastrukturen zur Einspeisung von Strom
  - Einspeisenetz in Abgrenzung zu Netzen der allgemeinen Versorgung

## Zweck und Qualität des Einspeisenetzes

- ▶ **Zweck** der Einspeisenetze laut Gesetzesbegründung:
  - Instrument des **vorausschauenden**, bedarfsgerechten **Netzausbaus** im Elektrizitätsverteilernetz gesetzlich verankern
  - Kostensenkung
- ▶ Weitere **Konkretisierungen** zur Qualität des Einspeisenetzes in der **Gesetzesbegründung**:
  - Einspeisenetz muss **nicht n-1-sicher** ausgestaltet sein, sondern es genügt n-0-Sicherheit
    - Genügt hierzu Ausführung in Gesetzesbegründung?
    - Gesetzliche Änderung oder Änderungen in techn. Regelwerken erforderlich?
  - Vereinzelt **Netzentnahmen**/Verbrauchseinrichtungen sollen Qualität als Einspeisenetz nicht ausschließen

## Einspeisenetze: Rechtsfolge

- ▶ Nur **eine konkrete Regelung** für Einspeisenetze im **EEG-E** (§ 8 Abs. 1 S. 3):  
*„**Netzbetreiber** können **Netzausbaukosten** bei der Prüfung des wirtschaftlich günstigeren Verknüpfungspunkts auch **nur anteilig** berücksichtigen, **insbesondere** für den Anschluss an ein **Einspeisenetz**.“*
  - Bei Ermittlung des gesetzlichen Verknüpfungspunktes sollen Kosten für Netzerweiterungen nur **mit dem Anteil** berücksichtigt werden, der durch die **einzelne Anlage** in Anspruch genommenen Kapazität **im Verhältnis zur Gesamtsteigerung der Anschlusskapazität des Netzes** entspricht
- ▶ **Zweck** laut Gesetzesbegründung:
  - Regelung dient insbesondere dazu, den **Anschluss an Einspeisenetze zu bevorzugen** und dadurch einen koordinierten Anschluss von Anlagen an das Einspeisenetz zu ermöglichen

## Geltende Rechtslage zur Berücksichtigung mehrerer Anschlussbegehren

- ▶ Bei **Netzausbaumaßnahmen**, die **mehreren konkreten Anschlussbegehren** zugute kommen, dürfen Netzausbaukosten **bereits jetzt** nur **anteilig** für jede Anlage berücksichtigt werden (siehe oben)
- ▶ Voraussetzung ist allerdings, dass die Anlage, für die der Netzausbau erfolgt, bereits so weit **konkretisiert** ist, dass für die Anlage ein **Anspruch auf Netzausbau** nach § 12 Abs. 1 EEG 2023 besteht
  - Bsp.: Windpark I begehrt Netzanschluss
    - Für Netzanschlussvariante ist Netzausbau erforderlich
    - Netzausbau dient auch dem Windpark II, der bereits konkret geplant ist
    - Netzausbaukosten werden nur anteilig bei Windpark I berücksichtigt
- ▶ Gesetzliche Regelung in § 8 Abs. 1 S. 3 EEG-E hat insoweit wohl nur **klarstellende** Funktion

## Zusätzlicher Regelungsgehalt von § 8 Abs. 1 S. 3 EEG-E?

- ▶ Können Netzausbaukosten auch schon dann nur anteilig berücksichtigt werden, wenn für die weiteren Anlagen noch **keine Netzanschlussbegehren** gestellt wurden und **Anlagen noch nicht konkret geplant** oder errichtet sind?
  - Dafür spricht Gesetzesbegründung:
    - GB zu § 3 Nr. 18: „*Dabei können Netzbetreiber **bereits vorausschauend auf Basis der ihnen vorliegenden Prognosen** einzelne Netzbetriebsmittel ... dort errichten, wo künftig mit dem Zubau von Erzeugungsanlagen **zu rechnen ist.***“
    - GB zu § 8 Abs. 1 S. 3: „... Kosten für Netzerweiterungen nur **mit dem Anteil** zu berücksichtigen, der der durch ... **Anlage** in Anspruch genommenen Kapazität **im Verhältnis zur Gesamtsteigerung der Anschlusskapazität** ... entspricht.“
- ▶ Rechtsfolge lässt sich Wortlaut des § 8 Abs. 1 S. 3 EEG-E nicht entnehmen
- ▶ Wenn anteilige Berücksichtigung der Netzausbaukosten auch schon **vor Netzanschlussbegehren** oder **konkreter Planung** weiterer Anlagen möglich sein soll, sollte dies gesetzlich eindeutiger geregelt werden

## Rechtsfolgen Einspeisenetze I

- Mit anteiliger Berücksichtigung von Netzausbaukosten für Einspeisenetze würde „**zentralisierter**“ **Netzausbau** durch Netzbetreiber vereinfacht
- Anschlussvarianten, bei denen Netzbetreiber „**Einspeisesteckdose**“ errichtet, wird **günstiger** im Vergleich zu Netzanschluss mit Variante ohne Einspeisesteckdose
- Kostenfolgen für Anlagenbetreiber können je nach Situation unterschiedlich ausfallen

## Rechtsfolgen Einspeisenetze II

### Beispiel 1

- ▶ Netzanschlussbegehren Windpark mit 20 MW
- ▶ **Variante A:** kurze Anschlussleitung und Netzausbau „vor Ort“
- ▶ **Variante B:** lange Anschlussleitung an „Einspeisenetz“, das eine Kapazität von 100 MW hat
- ▶ Wenn Kosten für Einspeisenetz nur anteilig (20 MW/100 MW) berücksichtigt werden, wird **Variante B günstiger** und kann damit der gesamtwirtschaftlich günstigste Netzverknüpfungspunkt werden
- ▶ Für Anlagenbetreiber **längere Anschlussleitungen** notwendig und damit **höhere Kosten**

### Beispiel 2

- ▶ Netzanschlussbegehren Windpark mit 20 MW
- ▶ **Variante A:** längere Anschlussleitung an Netz in größerer Entfernung
- ▶ **Variante B:** Einspeisenetz wird in der Nähe zur Anlage errichtet (NB **baut das Netz in Richtung der AB** aus); kürzere Anschlussleitung für AB
- ▶ Variante B wird eher der gesamtwirtschaftlich günstigste Netzverknüpfungspunkt
- ▶ **Anschlussleitungen kürzer** und **Kosten für Anlagenbetreiber** sinken

## Einspeisenetze: Auswirkungen für Netzbetreiber

- ▶ **Netzkosten** und **Netzentgelte** können durch zusätzliche Netzausbaumaßnahmen für „Einspeisenetze“ **steigen**
- ▶ Aber durch „**zentralisierten**“ **Ausbau** auch Vermeidung zahlreicher Einzelmaßnahmen und damit **Kostensenkung** möglich
- ▶ Aus Sicht der Netzbetreiber dürfte es entscheidend sein, dass Kosten für vorausschauenden Netzausbau auch ohne Weiteres in **Netzentgelte** eingestellt werden können
  - Dies kann **nicht im EEG** geregelt werden
  - Hierzu bislang kein Regelungsvorschlag in Netzpaket
  - Zukünftig Regulierung durch BNetzA notwendig

## Zusammenfassung Einspeisenetze

- ▶ Koordinierter und **vorausschauender Netzausbau** ist sinnvoll
- ▶ Bei Anwendung der Regelungsvorschläge im EEG-E können wirtschaftliche Konsequenzen für Anlagenbetreiber und Netzbetreiber unterschiedlich ausfallen, je nachdem wo und wie das Einspeisenetz errichtet wird
- ▶ **Klarstellung** der Rechtsfolgen im EEG ist zweckmäßig
- ▶ Andere Instrumente außerhalb des EEG sind für Netzbetreiber erforderlich



EEG 2027 & Netzpaket  
Das wöchentliche Reform-Update

**Unser nächstes Thema: EE-Vorrang vs. Priorisierungsregelungen  
– Netzanschlussreihenfolge nach § 8 EEG 2023 und § 17b EnWG-E**

Mittwoch, 27.05.2026, 10:00 Uhr

Stiftung  
Umweltenergierecht



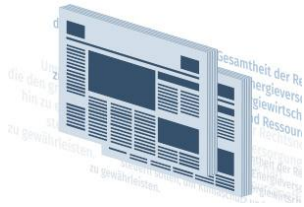
29. Würzburger Gespräche  
zum Umweltenergierecht

## Das EEG 2027: Neue Bedingungen für Netzanschluss und Förderung

23. und 24. September 2026, Congress Centrum Würzburg

Stiftung  
Umweltenergierecht

# Bleiben Sie auf dem Laufenden



## Newsletter

Info | Stiftung Umweltenergierecht informiert periodisch über die aktuellen Entwicklungen



## Webseite

[www.umweltenergierecht.de](http://www.umweltenergierecht.de) als Informationsportal



## Social Media

aktuelle Informationen auf X und LinkedIn



## Unterstützen Sie unsere Forschung



### Forschung fördern und gemeinsam mehr bewirken

Mit Ihrer Spende unterstützen Sie zweckgebunden die Forschung der Stiftung Umweltenergierecht über die Grundfinanzierung hinaus und leisten damit einen wichtigen Beitrag für das zukünftige Recht der Erneuerbaren Energien und eine nachhaltige Energieversorgung.

### Kontakt

Christiane Mitsch

Leitung Fundraising und Stakeholdermanagement

T: +49 1520 7435953

M: [mitsch@stiftung-umweltenergierecht.de](mailto:mitsch@stiftung-umweltenergierecht.de)

### Spendenkonto

Sparkasse Mainfranken

IBAN: DE16 7905 0000 0046 7431 83

BIC: BYLADEM1SWU

Dr. Johannes Hilpert

hilpert@stiftung-umweltenergierecht.de

Tel: +49-931-79 40 77-0

Fax: +49-931-79 40 77-29

Twitter/X: @Stiftung\_UER

Friedrich-Ebert-Ring 9 | 97072 Würzburg

Dr. Wieland Lehnert

lehnert@stiftung-umweltenergierecht.de

Tel: +49-931-79 40 77-0

Fax: +49-931-79 40 77-29

Twitter/X: @Stiftung\_UER

Friedrich-Ebert-Ring 9 | 97072 Würzburg

**www.stiftung-umweltenergierecht.de**

Unterstützen Sie unsere Arbeit durch Zustiftungen und Spenden für laufende Forschungsaufgaben.

**Spenden:** BIC BYLADEM1SWU (Sparkasse Mainfranken Würzburg)  
IBAN DE16790500000046743183

**Zustiftungen:** BIC BYLADEM1SWU (Sparkasse Mainfranken Würzburg)  
IBAN DE83790500000046745469

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages